

Kristina Gerteiser

Die Sicherheits- und Verteidigungspolitik der Europäischen Union

Rechtliche Analyse der gegenwärtigen
Struktur und der Optionen zur
weiteren Entwicklung



PETER LANG
Europäischer Verlag der Wissenschaften

Inhaltsverzeichnis

Abkürzungsverzeichnis	17
Einführung	21
1. Fragestellung	21
2. Gang der Untersuchung	23
Kapitel 1. Die Entwicklung einer europäischen Sicherheits- und Verteidigungspolitik im Kontext der europäischen Einigung	25
A. Die ersten europäischen Einigungsbestrebungen ab 1945	25
1. Hintergründe der europäischen Einigung nach 1945	25
2. Wirtschaftliche und politische Bündnisse nach dem 2. Weltkrieg	27
3. Der Pleven-Plan und die Europäische Verteidigungsgemeinschaft	28
B. Getrennte Entwicklungen nach dem Scheitern der Europäischen Verteidigungsgemeinschaft 1954	29
I. Die gemeinsame Verteidigung in der WEU	30
1. Gründung und aktive Jahre der WEU	30
2. Aufgaben und Ziele der WEU	31
3. Die institutionelle Ausgestaltung und Rechtsnatur der WEU	32
a. Die intergouvernementale Struktur der WEU	32
b. Die Parlamentarischen Elemente der WEU	34
c. Die Rechtsnatur der Westeuropäischen Union	35
4. Der Internationale Kontext	36
a. Völkerrechtliche Einordnung	36
b. Das Verhältnis zur NATO	38
II. Die wirtschaftliche Integration in den Europäischen Gemeinschaften	40
C. Neuorientierung in den 1970er und 1980er Jahren	41
I. Die Westeuropäische Union im Schatten anderer Organisationen	41
II. Der Beginn einer politischen Zusammenarbeit der EG-Mitgliedstaaten	42
1. Die Europäische Politische Zusammenarbeit (EPZ)	42
2. Die Einheitliche Europäische Akte	44
D. Die verstärkte europäische Integration nach dem Kalten Krieg	46
I. Die Entwicklung der Europäischen Union und der GASP	46
1. Die Entwicklung der GASP in den Unionsverträgen	46
a. Die politische Union	46
b. Die Normierung einer gemeinsamen Außen- und Sicherheitspolitik	47
2. Die Mitgliedstaaten der Europäischen Gemeinschaften / Union	49
3. Aufgaben und Ziele der Union	49
4. Der institutionelle Rahmen	50
5. Die Rechtsnatur der Union	51

II. Die neuen Aufgaben der WEU in den neunziger Jahren	53
1. Die Aufgaben der WEU	53
a. Die Petersberg-Aufgaben	53
b. Die neue Rolle der WEU in Bezug auf die EG/EU	57
2. Die Mitgliederstruktur der WEU seit Petersberg	58
3. Bisherige Operationen der WEU	60
a. Konfliktbewältigung zwischen 1948 und 1986	60
b. Der erste Golfkrieg Iran-Irak (1987-9)	60
c. Die Kuwait-Krise (1990-1)	61
d. Die Einsätze auf dem Gebiet des Balkan (seit 1991)	62
e. Fazit	64
E. Der status quo und Ausblick	65
I. Der status quo im Vertrag von Amsterdam	65
II. Die Krisenmanagementkompetenzen nach dem Vertrag von Nizza	65
III. Weiterentwicklung der Sicherheits- und Verteidigungspolitik	66
Kapitel 2. Die Europäische Sicherheits- und Verteidigungspolitik nach dem Vertrag von Amsterdam	69
A. Das Konzept der getrennten Zuständigkeiten für Krisenmanagement und Verteidigung	69
1. Die Zuordnung der Kompetenzen durch den Vertrag von Amsterdam	69
2. Die Inanspruchnahme der WEU für Krisenmanagement-Operationen	71
B. Einordnung der Krisenmanagementkompetenzen in das Vertragssystem der Union	72
I. Die Struktur des Rechts der Europäischen Union	72
1. Die Konstruktion der Europäischen Union	72
2. Die einzelnen Bereiche der Europäischen Union	74
a. Die Europäische Gemeinschaft	74
b. Die politischen Bereiche der Union	75
c. Die Säulenarchitektur	76
3. Ergebnis	77
II. Die Integration der Krisenmanagementkompetenzen in die GASP	78
1. Erweiterung der Aufgaben der Union	78
2. Folgen bezüglich der intergouvernementalen Ausrichtung der GASP	79
3. Der Umfang der Bindungswirkung für die Mitgliedstaaten	80
4. Anwendung der Rahmenbestimmungen des Unionsvertrags	81
III. Das Verhältnis der GASP zur Europäischen Gemeinschaft	82
1. Das Dualismus-Dilemma	82
2. Vertraglich geregelte Berührungspunkte	83
a. Die Verhängung von Sanktionen gemäß Art. 301 EGV	84
b. Inanspruchnahme des Gemeinschaftshaushaltes, Art. 268 EGV	86

c. Übereinkunft mit Drittstaaten und internationalen Organisationen	88
3. Weitere Berührungspunkte	89
a. Globale Strategien gegenüber Drittstaaten	89
b. Export von Gütern mit doppeltem Verwendungszweck	92
4. Ergebnis	92
C. Die Rechtliche Ausgestaltung der GASP	93
I. Kompetenzen und Instrumente der GASP nach dem Vertrag von Amsterdam	93
1. Die in der GASP normierten Aufgaben	93
a. Die Petersberg-Aufgaben	93
b. Sonstige Aufgaben aus Titel V	94
c. Der Begriff der Verteidigungspolitik	95
2. Die Instrumente der GASP	97
a. Allgemeine Leitlinien und die Gemeinsame Strategie	98
b. Gemeinsamer Standpunkt und gemeinsame Aktion	99
II. Entscheidungsstrukturen	101
1. Der Entscheidungsprozeß in der Union	101
a. Der Europäische Rat	102
b. Der Rat der Europäischen Union	104
2. Der Entscheidungsprozeß in der WEU	105
a. Die Absprachen und Bindungen zwischen WEU und EU	105
b. Problematik der fehlenden völkerrechtlichen Bindung	106
c. Modus der Beschlußfassung	107
3. Kompetenzen während der Durchführung einer Operation	108
a. Die politische Kontrolle	108
b. Die militärische Durchführung	109
III. Das Flexibilitätskonzept der 'ad hocery' in der GASP	111
1. Die Entwicklung der Flexibilität im Unionsvertrag	111
2. Die konstruktive Enthaltung in der GASP	113
a. Normierung im Unionsvertrag	113
b. Das Konzept der ,ad-hocery'	114
3. Die vertragsdefinierte Flexibilität	117
IV. Politische und demokratische Kontrolle	117
1. Die Beteiligung der Kommission	118
2. Das Europäische Parlament und die parlamentarische Versammlung	118
V. Finanzierung der Maßnahmen	119
D. Völkerrechtliche Aspekte	120
I. Klassifizierung der Union gemäß der Charta der Vereinten Nationen	121
1. Die Kategorien des internationalen Krisenmanagements	121
a. Traditionelle Friedensmissionen	121
b. Die neue Praxis: Humanitäre Interventionen	123
c. Sonderfall Rettungseinsätze	129

d. Ergebnis	131
2. Die Wahl der Aufgaben durch die Union	132
3. Aufgaben des internationalen Krisenmanagements, Art. 48 VNC	132
a. Definition einer geeigneten internationalen Einrichtung	132
b. Maßnahmen der Union mit Zustimmung des betroffenen Staates	133
c. Maßnahmen der Union gegen den Willen des betroffenen Staates	136
d. Die Union als geeignete internationale Einrichtung im Sinne des Art. 48 Abs. 2 der VN-Charta	141
4. Interne Bindungs- und Schlichtungswirkung, Art. 52-53 VNC	142
II. Die Konsequenzen für die WEU	145
1. Die Rolle der WEU	145
a. Die Krisenmanagementkompetenzen in Europa	145
b. Der Verlust von Kompetenzen bei der WEU	146
2. Einbindung der Beobachter, assoziierten Mitglieder und Partner	147
a. Die Rolle der Beobachter	147
b. Die Rolle der assoziierten Mitglieder und Partner	148
3. Die Funktion der WEU als europäischer Pfeiler der NATO	148
E. Ausblick und Bewertung	150
1. Zusammenfassung der Änderungen durch den Vertrag von Nizza	150
2. Gedankliche Fortführung des Konzepts	150
3. Bewertung	151
Kapitel 3. Das Konzept der Integration der Beistandsverpflichtung mittels eines fakultativen Zusatzprotokolls zum Unionsvertrag	153
A. Das Konzept des sicherheitspolitischen Dualismus	153
1. Kompetenzen bezüglich Außensicherheit und Krisenmanagement	153
a. Die Außensicherheitspolitik der Union	154
b. Die verteidigungspolitischen Aspekte der GASP	154
2. Das fakultative Zusatzprotokoll zur gemeinsamen Verteidigung	155
3. Die Auflösung der WEU	156
B. Einordnung der Beistandsverpflichtung und der Krisenmanagementkompetenzen in das vertragliche System der Union	157
I. Die Krisenmanagementkompetenzen innerhalb der GASP	157
II. Die Einordnung des Fakultativprotokolls in den Unionsrahmen	158
1. Das Protokoll als Teil der GASP?	158
a. Das Protokoll als spätere Übereinkunft gemäß Art. 31 WVRK	159
b. Das Protokoll als Ausführungsbestimmung zur GASP	160
c. Verstärkte Zusammenarbeit im Rahmen des Titel VII	161
2. Das Protokoll als Annex außerhalb der Union?	162
3. Das Protokoll als eigener Politikbereich	162
a. Das Sozialprotokoll und Sozialabkommen zum Vergleich	163

b. Das Fakultativprotokoll zur gemeinsamen Verteidigung	164
4. Die Rechtsnatur des Protokolls	166
5. Ergebnis	166
III. Die Anwendung von Unionsrecht auf Maßnahmen i.R.d. Protokolls	167
1. Anwendung der Rahmenbestimmungen des Unionsvertrags	167
2. Indirekte Voraussetzungen aus dem Kohärenzgebot, Art. 3 EUV	168
a. Kohärenz in den Zielen	168
b. Die Vereinbarkeit mit den Verträgen	169
c. Bestimmungen bezüglich der Mitgliedstaaten	170
d. Ergebnis	170
3. Der einheitliche institutionelle Rahmen, Art. 3 Abs. 1 EUV	170
IV. Abgrenzung der Kompetenzen aus dem Union- und dem Gemeinschaftsvertrag und dem Protokoll	171
1. Begrifflichkeiten und Definitionen	171
a. Die Außensicherheitspolitik	171
b. Die Verteidigungspolitik	172
c. Die gemeinsame Verteidigung	172
2. Die Abgrenzung zwischen Maßnahmen im Rahmen der GASP und des Protokolls	173
a. Eskalation einer Petersberg-Operation	174
b. Maßnahmen im Vorfeld eines bewaffneten Angriffs	176
c. Maßnahmen während des Verteidigungsfalles	177
3. Das Verhältnis der GASP und des Protokolls zur Europäischen Gemeinschaft	178
C. Rechtliche Ausgestaltung des Konzepts	179
I. Die Vertragliche Ausgestaltung der Beistandsverpflichtung	180
1. Formelle Annahme des Protokolls	180
a. Der grundsätzliche Beschluß zur Integration der Beistandsklausel	180
b. Die Ausgestaltung der Bestimmungen	180
2. Inhaltliche Ausgestaltung	181
a. Die Beistandsgarantie und ihre internationale Dimension	181
b. Die institutionelle Struktur	184
c. Interne Streitbeilegung	185
d. Vorschriften bezüglich Beitritt und Kündigung	186
3. Zusammenfassung	187
II. Die Entscheidungsstrukturen	187
1. Maßnahmen des internationalen Krisenmanagements i.R.d. GASP	187
2. Maßnahmen i.R.d. Beistandsverpflichtung aus dem Protokoll	188
a. Die Beschlußfassung im Rat	189
b. Beteiligung weiterer Organe	190
3. Die Entscheidung über die Zuordnung einer Maßnahme	193
III. Das Flexibilitätskonzept des sicherheitspolitischen Dualismus	194
1. Das Konzept der konstruktiven Enthaltung in der GASP	194

2. Vertragsdefinierte Flexibilität bezüglich der Beistandsverpflichtung	194
3. Ergebnis	195
IV. Die Durchführung einer Maßnahme	195
1. Die Gemeinsame Außen- und Sicherheitspolitik	195
2. Die Gemeinsame Verteidigung	196
a. Umsetzung eines Beschlusses	196
b. Die operativen Kapazitäten der Union	196
V. Die Finanzierung einer Maßnahme	197
D. Die völkerrechtliche Dimension	198
I. Klassifizierung der Union gemäß der Charta der Vereinten Nationen	198
1. Fragen der kollektiven Selbstverteidigung gemäß Art. 51 VN-Charta	198
a. Die Bestimmungen des Protokolls	198
b. Die Reichweite der Bestimmungen	199
2. Die Union als geeignete internationale Einrichtung, Art. 48 VNC	200
3. Die Union als Regionale Abmachung, Art. 52-53 VN-Charta	201
II. Die Rolle der europäischen Staaten außerhalb der Union	202
III. Das Verhältnis der Union zur NATO	203
1. Das Verhältnis der Beistandsverpflichtung zum Nordatlantikvertrag	204
a. Die Kollisionsklausel des Nordatlantikvertrags	204
b. Art. IV des modifizierten Brüsseler Vertrag	205
c. Subsidiarität oder Komplementarität	206
2. NATO-Mitgliedschaft als ‚Konvergenzkriterium‘	208
3. Beobachterstatus für nicht am Protokoll beteiligte Unionsmitglieder	209
4. Übernahme der Scharnierfunktion durch die Protokoll-Staaten	210
E. Bewertung	210
Kapitel 4. Die Ausprägung der Europäische Sicherheits- und Verteidigungspolitik im Falle einer Integration des WEU-acquis in die GASP	213
A. Das Konzept einer erweiterten GASP	213
1. Die Krisenmanagementkompetenzen in der GASP	213
2. Die Beistandsverpflichtung in der GASP	214
3. Auflösung der WEU	214
B. Einordnung einer erweiterten GASP in das System der Union	215
I. Die erweiterte GASP im System der Union	215
1. Die Anwendbarkeit der Rahmenbestimmungen des EUV	215
2. Die Rechtsnatur der erweiterten GASP	216
II. Kompetenzen und Instrumente im Rahmen der erweiterten GASP	217
1. Kompetenzen der Union in der Außensicherheitspolitik und im Krisenmanagement	217
2. Die Beistandsverpflichtung als Erweiterung der GASP	217
3. Instrumente der GASP	218

III. Das Verhältnis der erweiterten GASP zur Europäischen Gemeinschaft	218
1. Bedeutungssteigerung der erweiterten GASP	218
2. Konsequenzen für das Verhältnis der erweiterten GASP zur Europäischen Gemeinschaft	219
a. Vertraglich geregelte Berührungspunkte	219
b. Globale Strategien gegenüber Drittstaaten	220
C. Rechtliche Ausgestaltung einer erweiterten GASP	220
I. Die Vertragliche Fixierung	220
1. Formelle Änderung des Unionsvertrags	220
a. Vertragsänderung oder Sekundärmaßnahme?	220
b. Grundlagen der Vertragsänderung	222
2. Inhaltliche Änderung des Unionsvertrags	224
a. Die Beistandsverpflichtung	224
b. Die Institutionelle Struktur	225
3. Anfügen eines Protokoll bezüglich der nicht beteiligten Nationen	225
II. Entscheidungsstrukturen	227
1. Die Zuordnung einer Maßnahme	227
2. Entscheidungen über Krisenmanagement-Einsätze	227
a. Maßnahmen nichtmilitärischer Art	227
b. Maßnahmen mit militärischen oder verteidigungs-politischen Bezügen	228
3. Entscheidungen im Rahmen der Beistandsverpflichtung	229
III. Flexibilität der erweiterten GASP – Konzept konzentrischer Kreise	230
1. Flexibilitätsvarianten innerhalb der GASP	230
a. Nichtmilitärische Maßnahmen der GASP	230
b. Militärische Maßnahmen des internationalen Krisenmanagements	232
c. Gemeinsame Verteidigung	233
2. Konsequenzen und Bewertung	234
a. Ein Konzept konzentrischer Kreise	234
b. Handlungsfähigkeit der Union	236
c. Komplexität / Transparenz	236
d. Integration und politische Union	237
3. Ergebnis	238
IV. Politische und demokratische Kontrolle	238
1. Beteiligung der Kommission	238
2. Beteiligung des europäischen Parlaments	238
3. Zuständigkeit des Europäischen Gerichtshofs	239
V. Finanzierung der Maßnahmen	239
D. Völkerrechtliche Aspekte	240
I. Aufgaben der Union im Rahmen der Charta der Vereinten Nationen	240
1. Fragen kollektiver Selbstverteidigung, Art. 51 VN-Charta	240
a. Der bewaffnete Angriff im Sinne des Art. 51 VN-Charta	241

b. Die Beistandsverpflichtung der GASP	243
c. Die Reichweite der Beistandsverpflichtung	243
d. Ergebnis	244
2. Die Union als geeignete internationale Einrichtung, Art. 48 VNC	244
3. Interne Bindungs- und Schlichtungswirkung, Art. 53 VN-Charta	245
4. Ergebnis	245
II. Die Rolle der europäischen Staaten außerhalb der EU	246
III. Das Verhältnis zur NATO	247
1. Das Verhältnis der Beistandsverpflichtung der Union zu Art. 5 NATO- Vertrag	247
2. Die Rolle der Unionsmitglieder außerhalb der NATO	248
E. Bewertung des Konzepts der erweiterten GASP	249
Kapitel 5. Bewertung der Ergebnisse und Ausblick	253
A. Zusammenfassung der Ergebnisse	253
Die Entwicklung der Europäischen Sicherheits- und Verteidigungspolitik	253
Die Europäische Sicherheits- und Verteidigungspolitik im Vertrag von Amsterdam	254
Das Konzept der Integration der Beistandsklausel mittels eines Fakultativprotokolls zum Unionsvertrag	255
Das Konzept der erweiterten GASP	257
B. Bewertung und Ausblick	260
Literaturverzeichnis	265